



Seit 2008 hat der baden-württembergische Verfassungsschutz erstmals eine Präsidentin: Beate Bube (links). Sie diskutierte am Dienstagabend mit der Tübinger SPD-Landtagsabgeordneten Rita Haller-Haid (Mitte) und Prof. Jürgen Wertheimer über das Thema „Wehrhafte Demokratie – wie viel Freiheit darf Sicherheit kosten?“. Bild: Metz

Überwachung mit Hürden

Beate Bube präsentierte den Verfassungsschutz als „Baustein eines Frühwarnsystems“

NSU, die Zusammenarbeit von BND und NSA, die sogenannte Vorratsdatenspeicherung und Extremismus: Der Abend mit Verfassungsschutzpräsidentin Beate Bube und dem Literaturwissenschaftler Jürgen Wertheimer behandelte brisante Themen. Bube nutzte ihn, um über ihre Behörde zu informieren.

UTE KAISER

Tübingen. „Wir sprechen von etwas nicht ganz Offiziell in einer öffentlichen Veranstaltung. Da kann nicht alles gesagt werden, das kann der Roman besser“: Dieses Fazit zog der Tübinger Literaturwissenschaftler Prof. Jürgen Wertheimer nach zwei Stunden am Dienstagabend im Deutsch-Amerikanischen Institut.

Beate Bube präsentierte ihre Behörde rund 40 Zuhörern als „einen Baustein im Frühwarnsystem“ einer wehrhaften Demokratie. Rund 330 Mitarbeiter „sammeln Informationen über Gruppierungen, die von ihrer Zielsetzung her die Kernelemente der freiheitlich-demokratischen Grundordnung beseitigen wollen“, so die Präsidentin. Das Spektrum reicht von Neonazi-Kameradschaften über salafistische Zirkel bis zu Scientology. Bei Pegida habe der Verfassungsschutz „sehr früh hingeschaut“. Auch über Sala-

fismus sei schon 2004 im öffentlichen Verfassungsschutzbericht zu lesen gewesen. Doch da habe es noch niemand interessiert.

Die eigenständige Behörde ohne Exekutivfunktion sei „kein übermächtiger Geheimdienst“, sagte Bube in Anspielung etwa auf die BND-NSA-Abhör-Affäre. Sie schlägt seit gestern wieder neue Wellen. Für verdeckte Ermittlungen wie die Überwa-

chung von Telekommunikation müsse der Verfassungsschutz „höchste Hürden überwinden“, bevor sie genehmigt werden. Bube begründete den Einsatz von V-Leuten damit, dass nur durch sie bestimmte Informationen zu bekommen seien: „Wir wären blind ohne sie“, sagte die Präsidentin plakativ und warnte vor Pauschalierungen. Etliche Zuhörer sahen die Rolle der V-Leute, etwa in der NSU-Mordserie, äußerst kritisch.

Ist es Petzen oder Aufklären, wenn Polizisten melden, dass Kollegen Mitglied beim rassistischen Ku Klux Klan sind, fragte die SPD-Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid, die auch dem NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags angehört. Jeder habe das Recht, diese Wahrheit zu offenbaren, sagte Wertheimer. Mit dem Tragen einer Uniform müsse „nicht der Verstand und das Gewissen abgegeben werden“.

„Wir wären blind ohne sie.“

Beate Bube über V-Leute

Der Wissenschaftler leitete über zum ihn bewegenden Themenkomplex Überwachung. Bube grenzte sich von den technischen Möglichkeiten der US-amerikanischen NSA ab. Das sei „Lichtjahre entfernt von dem, was ein Inlandsgeheimdienst will und technisch kann und wofür er die Befugnis hat“. Über seine Bundesbehörde arbeitet der Verfassungsschutz mit dem Bundesnachrichtendienst und der NSA zusammen, um Anschläge zu verhindern oder den Handel mit Massenvernichtungswaffen aufzuklären.

Sachte distanzierte sich Bube von der sogenannten Vorratsdatenspeicherung – ein Begriff, den ein Zuhörer „verschleiernd“ nannte. Es sei nur schwer vermittelbar, „wenn anlasslos ohne Verdachtsmomente“

massenhaft Telekommunikationsdaten gesammelt werden. In Baden-Württemberg komme diese Art der Überwachung pro Jahr „im einstelligen oder niedrigen zweistelligen Bereich“ vor, so Bube – allerdings erst, wenn sie beim Innenminister des Landes beantragt und von einer Kommission genehmigt sei.

„Wie viel Freiheit darf die Sicherheit kosten?“. Auf diese Frage gab es keine eindeutige Antwort. Haller-Haid forderte eine gesellschaftliche Diskussion darüber ein. Wertheimer lenkte am Ende die Aufmerksamkeit noch auf ein Phänomen: die (kurzfristige) Erregung über Abhör-Affären einerseits und die große Gelassenheit auf der anderen Seite. Er befürchte, eine kollektive Abstumpfung gegenüber der Globalobservation und dass die wehrhafte Demokratie aufgegeben werde. Was dann herrsche, nannte der Wissenschaftler „Bequemlichkeitstotalitarismus“.

Das Land führt eine stärkere Kontrolle der Behörde ein

Der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg soll künftig stärker vom Landtag kontrolliert werden. Darauf einigten sich die Landtagsfraktionen im März – als eine Konsequenz aus der NSU-Mordserie. Baden-Württemberg

wird als letztes Bundesland ein zusätzliches parlamentarischer Kontrollorgan einführen, wie die SPD-Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid sagte. Auch der Einsatz von V-Leuten soll noch klar gesetzlich geregelt werden.

Über eine umfassende Reform des Verfassungsschutzgesetzes diskutiert der Landtag noch. Sie wird, so die Einschätzung von Abgeordneten der Regierungsparteien, nicht mehr vor der Landtagswahl 2016 vorliegen.